

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt wiesla.
Genuss Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Wiesa, des Finanzamts Wiesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkontos: Dresden 1534
Circulanz Wiesa Nr. 54.

Nr. 101.

Mittwoch, 30. April 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat April 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligter Abatit ersticht, wenn der Vertrag erfüllt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontura gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Wiesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Wiesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ublemann, Wiesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Wiesa.

Bei den Wahlen.

Wie wird der neue Reichstag aussehen? Politiker und Statistiker beschäftigen diese Frage in gleichem Maße. Wer sie genau zu beantworten wüßte, würde nicht nur Preisrichter in den verlockendsten Preisausstellungen, welche allenthalben durch die Wahlen veranlaßt wurden; er würde vielmehr den Ruhm des Propheten für sich beanspruchen können, der auch in dem Fall in seinem Vaterlande nichts geizten würde. Alle Zahlen über die mutmaßliche Zusammensetzung des zweiten Reichstages der Republik entspringen mehr oder weniger geschätzlichen Schätzungen, bei denen der Wunsch der Vater der Berechnung, je nach der Parteizugehörigkeit des Wahlmathematikers, ist. Und selbst der rein verhandelmäßig aus Werk gehende Schätzer wird am 5. oder 6. Mai feststellen müssen, daß er sich doch geirrt hat, weil eben gerade bei den Wahlen zu viele Unponderabilitäten mitspielen, deren Einfluß sich im voraus unmöglich übersehen läßt.

Die Zahl der vielen Parteien, welche um die Gunst der Wähler buhlen, braucht dabei weniger zu scheuen, sie ist durchaus nicht neu, weil sie — fast wäre man versucht zu sagen — im deutschen politischen Leben liegt. Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1920 waren genau so wie jetzt 23 Wahlvorschläge zugelassen. Die Parteienzersetzung hätte also nur einen geringen Fortschritt gemacht, wenn die vom Reichswahlleiter zurückgewiesenen Vorschläge angenommen worden wären. Vertreten waren im alten Reichstag 10 Parteien, zu denen noch die beiden „Fraktionen“ Arbeit und Wegmann kamen.

Von entscheidendem Einfluß auf den Ausfall der Wahlen ist selbstverständlich die Wahlbeteiligung. Diese war bei den Reichstagswahlen des Jahres 1920 eine sehr erhebliche. Sie schwankte zwischen 69,3 Proz. (Sachsen) und 87,2 Proz. (Mecklenburg) und betrug im Durchschnitt etwa 77 Proz. Da die Zahl der Wahlberechtigten in Deutschland 35 940 774, also rund 36 Millionen beträgt und auf je 60 000 Stimmen ein Abgeordneter entfällt, ergibt diese Berechnung auch die Stärke des aufgelösten Reichstages. Die Wahlbeteiligung dürfte bei diesen Wahlen kaum nachlassen; die Wahlen in Bayern, Mecklenburg, Thüringen, Südbad haben vielmehr gezeigt, daß der Deutsche Interesse zeigt für die Wahlen. Dafür spricht auch Tatsache, daß die oppositionellen Flügelparteien mit besonderem Eifer die Wahlagitatorien betreiben, um die Schranken ihrer politischen Stellung im ersten Ansturm zu nehmen. Bei einer Durchschnittswahlbeteiligung von 80 Proz. wäre also mit rund 480 Abgeordneten im neuen Reichstag zu rechnen. In Groden und Gangan dürfte sich die Zahl der Mandatsträger also nicht erheblich vermindern.

Und die einzelnen Parteien! Die Berechnung auf der Grundlage des Wahlergebnisses des Jahres 1920 gestaltet sich aus verschiedenen Gründen besonders schwierig. Damals war die Sozialdemokratie noch nicht als „vereinigte sozialdemokratische Partei“ in den Wahlkampf. Reichstagssozialdemokratie und „Unabhängige“ bewarben sich getrennt um die Gunst der Wähler. Die Kommunisten konnten nur in einem einzigen Wahlkreis (Gömnitz-Jwitzkau) ein Mandat für die russische Ehrenkreuzträgerin Jekim erobern. Diesem einen Sitz verdankten sie dann noch ein Mandat auf der Reichsliste; auf dieser wären ihnen allerdings 8 Sitze zugesprochen; aber die Zahl der Abgeordneten der Reichsliste darf nicht höher sein als die in den Verbänden gewählten. Bei der Auflösung des Reichstages zählte die kommunistische Partei 15 Abgeordnete; 11 waren bei der Einigung in der Sozialdemokratie zu den Kommunisten übergetreten, 2 blieben „fraktionslos“. Die Reichstagssozialdemokratie hatte bei den Wahlen des Jahres 1920 rund 6 100 000 Stimmen aufgebracht. Wenn die Sozialdemokratie mit dem Besitz von 100 Mandaten im neuen Reichstag rechnen, so nimmt sie an, daß sie ihren Besitzstand wahr und daß alle Stimmen, welche im Jahre 1920 für die U. S. V. abgegeben wurden, an die Kommunisten verloren gehen. Beide Annahmen dürften unzutreffend sein; die Sozialdemokratie wird nicht, wie in Bayern bei den Landtagswahlen, in allen Wahlkreisen ihre Stimmenzahl behaupten, aber sie wird sicher auch Stimmen aufbringen, welche 1920 die U. S. V. zufielen. Aus den Verlusten einerseits und aus den von der U. S. V. hinzukommenden Stimmen andererseits dürfte sich die Annahme rechtfertigen, daß die Sozialdemokratie es auf 90—100 Sitze bringen kann. Die „Unabhängigen“ erhielten bei den Wahlen zum letzten Reichstag rund 5 Millionen Stimmen, die Kommunisten rund 550 000 Stimmen. Würden tatsächlich bei diesen Wahlen alle U. S. V.-Stimmen den Kommunisten zufallen, so würden diese rund 90 Sitze erhalten. Daß sie diese Zahl erreichen, ist jedoch kaum anzunehmen. In dem Falle würde die „Linke“ — wie im aufgelösten Reichstag — über 100 Sitze verfügen, nur würde sich der Einfluß der radikalen Kräfte erheblich vermindern. Ob das in dem Maße der Fall sein wird, erscheint allerdings nicht wahrscheinlich, da auch hier die Abwanderungen zu anderen Parteien und die Parteienzersetzung zu berücksichtigen ist.

Außerordentlich schwierig sind Mutmaßungen über die Stärke der in diesem Wahlkampf zum ersten Male auftretenden oppositionellen rechten Flügelparteien. Die deutsch-völkische Freiheitspartei hatte im alten Reichstag 8 Sitze; ihre Inhaber waren von der deutschnationalen Volkspartei gekommen, welche selbst für 67 Sitze verfügte. Auf dem deutschnationalen Parteitag in Domburg — man wird in diesem Zusammenhang daran denken müssen — rechnete Dr. Dergat mit einer Vermehrung der deutschnationalen Sitze um 20, was ein Stimmenmehr von 1 200 000 voraussetzen würde. Dieses Stimmenmehr wird aber bedeutend größer sein müssen, da die deutschnationalen Volkspartei ohne Zweifel

Stimmen an die Deutsch-Völkischen wird abgeben müssen. Da die Wahlbeteiligung aber kaum in diesem Maße zunehmen wird, kann diese Rechtsentwicklung nur gedeckt werden durch Stimmenverluste der Deutschen Volkspartei, die über 30 Sitze im aufgelösten Reichstag verfügte. Einen, wenn auch nicht erheblichen Verlust nach rechts wird auch die Bayerische Volkspartei mit ihren bisherigen 20 Mandaten tragen müssen. Immerhin scheinen jene der Wahrscheinlichkeit nahe zu kommen, welche mit einer 150—160 Mandaten starken oppositionellen Rechten operieren und dabei mit den Verlusten der eben genannten 3 Parteien rechnen. Das Zentrum, das einschließlich der weissen Hospitanten 68 Mandate inne hatte, dürfte wohl seinen Besitzstand behaupten oder doch nur schwache Verluste erleiden.

Schon diese Erwägungen zeigen, daß die Menierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung in dem neuen Reichstag keine Mehrheit hinter sich hat, über die sie auch nicht so wenige verfügen würde, als die Bayerische Volkspartei mit der Abberufung ihres Ministers Emmerich aus der Koalition ausgeschlossen ist. Sehr fröhlich erscheint es, ob selbst eine größere Koalition — unter Einmütigkeit der Sozialdemokraten eine feste Mehrheit im neuen Reichstag würde aufbringen können. Es wird daher niemand behaupten können, daß die bevorstehenden Wahlen eine Erleichterung der politisch-parlamentarischen Lage bringen werden. Das um so weniger, als die durch das Sachverständigen-Gutachten involvierten, von der Repro geforderten Gesekentwürfe zur Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens verfassungsändernde sind und einer Zweidrittel-Mehrheit bedürfen, die sie kaum finden dürften. Wenn also heute schon von der Möglichkeit eines neuen Appells an das Volk gesprochen wird, so mögen das Kombinationen sein, die allerdings bestfalls unannehmlich und vorläufig erscheinen, weil sie die Antwort auf die große Frage offenlassen: Was dann? Für die Beurteilung der Arbeitssituation und Arbeitsmöglichkeit des neuen Reichstages ist von arakter Bedeutung die Arbeitswilligkeit, von dieser wird vieles, ja alles abhängen.

Er ist fürwahr ein Schicksalstag für das deutsche Volk, dieser 4. Mai.

Eine Wahlrede Dr. Stresemanns.

Hannover. Reichsaussenminister Dr. Stresemann sprach gestern abend vor einer von der Deutschen Volkspartei einberufenen Versammlung. Zu Beginn seiner Ausführungen wies er darauf hin, daß wir wahrscheinlich schon im nächsten Monat vor einer der größten außenpolitischen Entscheidungen stehen werden, die es jemals seit dem Verfall der Diktatur für uns gegeben habe. In diesem Zusammenhang sei die bevorstehende Reichstagswahl in der Tat eine Schicksalsfrage für das ganze deutsche Volk. Die Außenpolitik sei das Entscheidende und die Innenpolitik habe sich ihr unterzuordnen. Den Regierungen, die jetzt auf die in Deutschland bestehende Gefahr der nationalitätlichen Geheimbünde hingewiesen hätten, müsse klar gemacht werden, daß gerade ihre dem deutschen Volk gegenüber seit Verfall des getriebenen Politik verantwortlich sei für das Ansehen dieses nationalitätlichen Bewegens, die weiter nichts darstellte als den Hiesig eben dieser alliierten Politik. Die Hauptaufgabe der deutschen Außenpolitik sei die Wiederherstellung der deutschen Souveränität innerhalb der Reichsgrenzen und vertrauensvoller Zustände in den nach dem Versailler Vertrag besetzten Gebieten. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen unterzog Dr. Stresemann die Sachverständigenberichte, die nach der Annahme durch die Regierungen nicht mehr ein Gutachten von Wert seien, einer Kritik. Sie enthielten ungewisselhaft namentlich in Bezug auf die Reichsbahn und die Reichsbahn eine starke Einschränkung wirtschaftlicher Souveränität, seien aber trotzdem als ein völkisch-wirtschaftlicher Fortschritt zu bezeichnen, da sie nicht nur von politischer Leidenschaft, sondern auch von volkswirtschaftlichen Überlegungen geleitet seien. Damit, daß in den Sachverständigenberichten gesagt sei, Deutschland dürfe nicht zahlen, wenn es sich nicht ruinieren und seine Währung wieder zerrütten wolle, sei auch der Lüge von dem „betrügerischen Vantrott“ der Kopf vertreten. Wir hätten keine Verantwortung, die Öffnung aufzugeben, daß wir noch eine Zukunft haben, sondern müßten danach streben, an sittlichen Gütern zu gewinnen, was wir an materiellen verloren hätten. Ob diese Politik richtig sei, könne in der Gegenwart überhaupt nicht übersehen werden. In seinen Ausführungen über die Innenpolitik endlich verteidigte Dr. Stresemann das Zusammenwirken der Volkspartei mit der Sozialdemokratie.

Gegen die Kriegsschuldfrage.

Dresden. Wir brachten kürzlich die Nachricht, daß der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände, der auf überparteilicher Basis über 700 Organisationen aller Art zum Kampfe gegen die Schuldfrage und das Diktat von Versailles zusammengeschlossen hat, in einer von Vertretern aller politischen Richtungen besuchten Sitzung im Reichstagsgebäude am 14. April d. J. beschlossen hatte, die Regierung zu ersuchen, die Kriegsschuldfrage amtlich anzuerkennen und damit endlich für die Wahrheit und die Ehre des deutschen Volkes einzutreten.

In Erweiterung dieses Aufrufes fordern jetzt, nachdem sich nunmehr auch fast alle Parteien zu dem Kampfe gegen die Schuldfrage bekannt haben, der Auffklärungsausschuß betreffend die Kriegsschuldfrage, Vangebrück, Blomarschen der Deutschnationalen Volkspartei, Vismarckbund, Landmannschaft Berlin, Deutscher Kriegerbund Ruffhauer, Deut-

scher Offiziersbund, Jungdeutscher Orden, Nationalverband Deutscher Offiziere, Marine-Offiziersverband, Reichsländbund, Reichsoffiziersbund, Saarverein, Stahlhelm, Verein Vaterl. Verbände Deutschlands und Wehrwolf, Bund Deutscher Männer, Frontkrieger in einem gemeinsamen Aufrufe das gesamte deutsche Volk auf, seinen Willen zur amtlichen Aufklärung der Kriegsschuldfrage auch schriftlich der Reichsregierung kund zu tun und sich in die zu diesem Zwecke herangezogenen Listen einzutragen. Der Kopf dieser Listen enthält die Forderung:

„Die Reichsregierung wolle in vollem Bewußtsein ihrer Verantwortung und in voller Einmütigkeit mit dem ganzen deutschen Volke amtlich erklären, daß die Schuldfrage den geschichtlichen Tatsachen widerspricht und daß das Schuldverkenntnis vom deutschen Volke unter Protest in wechsellöf Stunden erpreßt worden ist, daß daher die Folgerung, daß die früheren Mittelmächte und in erster Linie Deutschland gemäß Art. 231 auf Grund der Schuldfrage für die Schäden und Verluste des Weltkrieges verantwortlich gemacht werden, jeder rechtskräftigen Unterlage entbehrt.“

Vordrucke dieser Listen sind zu haben beim Auffklärungsausschuß betreffend die Kriegsschuldfrage, Vangebrück bei Dresden, Hermannstraße 4. Alle Organisationen werden aufgefordert, sich ebenfalls auch selbst derartige Listen mit gleichlautender Forderung herausstellen, die Unterchriften zu sammeln und dem Auffklärungsausschuß Vangebrück zwecks Sammlung und Verwendung einzusenden. Der Aufruf schließt mit den sehr beherzigen Worten:

„Will das deutsche Volk den Aufbruch, seine Wiedererkennung in der Welt entsprechend seinem Namen und seinen Leistungen, so muß es in erster Linie wieder frei sein von den lächerlichsten Schuldanklagen, den Rechtsgrundlagen des Versailler Vertrags, die das deutsche Volk vor der gesamten Kulturwelt in Verrut gebracht haben. Die Freiheit des deutschen Volkes kann nur erwachen auf der Grundlage der Wiederherstellung seiner Ehre und seines Aufsehens. Für dieses Ziel zu arbeiten gilt es auch mit dieser Listen-sammlung.“

Die Münchener Reise des Generals von Seckl.

Die Münchener Reise des Chefs der Seeresleitung, General von Seckl, trägt nach Auffassung der unterrichteten Kreise hochpolitischen Charakter. Wie wir hören, will der Ober der Seeresleitung durch seinen Besuch bei den bairischen Reichswehrstellen die Folgen der unter dem General von Loffow einsetzenden Konflikte beseitigen. Die bairischen Reichswehrtruppen werden nunmehr von der Verpflichtungnahme durch die bairische Landesregierung befreit und sollen wieder an den einig bindenden Eid gegenüber dem Reiches festgehalten werden. Im übrigen bewirkt die Dienstreise des Generals von Seckl außer den üblichen Inspektionen vor allem eine Besprechung mit dem jetzigen Landeskommandanten der bairischen Reichswehr, General von Streckenfeld, über die notwendige Reorganisation innerhalb der bairischen Reichswehr. General von Seckl will sich persönlich davon überzeugen, wie weit die Ereignisse des letzten November noch nachwirken und ob noch in größerem Ausmaß neue Besetzungen von Stellen oder Verlegungen von Offizieren notwendig sind.

General von Loffow.

Die Meldung über die angebliche Einstellung des Generals von Loffow in die türkische Armee hat im Reichswehrministerium großes Aufsehen hervorgerufen. Wie wir erfahren, hat die Seeresleitung sofort Erundigungen eingezogen, ob es auf Richtigkeit beruht, daß General von Loffow in den türkischen Dienst getreten ist. Jedenfalls werde die Seeresleitung unter keinen Umständen billigen, wenn General von Loffow ohne Genehmigung der militärischen Stelle in ausländischen Seeresdienst eingetreten sein sollte. Im übrigen verweist man darauf, daß es durchaus den militärischen Gesichtspunkten widerspricht, ohne ausdrückliche Zustimmung der vorgesetzten Dienststelle eine ausländische Mission anzunehmen.

England und die interalliierte Militärkontrolle.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: In der ausländischen Presse war mehrfach behauptet worden, daß auf Anregung Englands die Vorkonferenz in den nächsten Tagen eine Note an die Reichsregierung über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle richten werde, die aber nur vorläufigen Charakter tragen solle. Die endgültige Antwort werde dann erst nach den Reichstagswahlen erfolgen. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind diese Meldungen unrichtig. Wahrscheinlich liegt eine Verwechslung vor mit den bereits in Berlin überreichten Noten der Mächte wegen der Geheimorganismen. Bekanntlich wird die Reichsregierung in den nächsten Tagen auf diese Note antworten und in Regierungskreisen erwartet man, daß diese Antwort alsdann von den Alliierten dann benutzt werden wird, um auf die Frage der Militärkontrolle zurückzukommen. Keinesfalls jedoch erwartet man in Regierungskreisen einen Schritt der Mächte in der Frage der Militärkontrolle vor den Reichstagswahlen. Das ganze Problem dürfte jedenfalls erst Mitte nächsten Monats diplomatisch wieder aufgerollt werden.

LOSE 1. Klasse, 185. Lotterie Ednard Seiberlich, Ferdinand Schlegel Sächs. Staats-
Ziehung 7. Mai 1924 bei Lotterie-Einnahmen.